

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

14.11.1889 (No. 312)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 14. November.

Expedition: Carl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
No 312. Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1889.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 13. November.

Die französische Kammer hat gestern ihre erste Sitzung abgehalten, ohne daß die für diesen ersten Tag von den Anhängern Boulangers mit großem Lärm angekündigten Maffendemonstrationen in erheblicher Weise sich bemerkbar gemacht hätten. Wohl war im letzten Augenblick wieder von einer sofortigen Kundgebung abgerathen worden, doch war deutlich zu erkennen, daß man eine solche allerdings gerne gesehen hätte, doch befürchteten die Führer, die Kundgebung würde mehr gegen sie wie zu ihren Gunsten ausfallen. Thatsächlich hat sich auch das Pariser Publikum sehr ablehnend zu dem Boulangerismus verhalten. Am Nachmittag bewegte sich auf dem Concordiaplatz allerdings eine große Menschenmenge, unter der sich auch Déroulède, Lajant und andere boulangistische Deputirte befanden, doch wurden die Ansammlungen bald zerstreut, indem nur Deputirte die Passage offen gehalten wurde. Da die Patriotenliga auf einer Kundgebung bestand, ist sie in Gegenlag zu dem Nationalanschluß getreten und sind deshalb Zwistigkeiten ausgebrochen. Die Boulangeristen geben jetzt mehrfach ihrer Mißbilligung Ausdruck, daß ihre Deputirten, nachdem sie nun einmal gewählt sind, an diesen Kundgebungen nicht theilnehmen wollen, obwohl sie es denselben eigentlich nicht verübeln können, daß ihnen die Freiheit mindestens ebensoviel werth, wie ihrem Meister Boulanger selbst. Darüber, daß dieser auch jetzt nicht nach Paris kommen werde, waren wohl auch seine besten Freunde nicht in Zweifel. Das Manifest, das er, statt selbst zu kommen, zu erlassen vorgezogen hat, macht wenig Eindruck und wird auch keinen weiteren Erfolg haben, als die früheren Kundgebungen auch, wie dadurch auch an der Gültigkeit der Wahl Joffrin's in Montmartre, wo Boulanger für sich die Gültigkeitserklärung seiner Wahl in Anspruch nimmt, nichts ändern wird. Zum Kammerpräsidenten ist Floquet gewählt worden. Er ist ein Mann von Energie und Geistesgegenwart und insbesondere beliebt bei den Radikalen, die nun für das Uebergewicht der Gemäßigten in den praktischen Fragen die Genugthuung haben, wenigstens einen der Ihrigen den ersten parlamentarischen Vertrauensposten einnehmen zu sehen.

Laut der dem Reichstage zugegangenen Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für 1888 sind für die in dem betreffenden Jahre vorhanden gewesenen 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften außer den 62 früheren noch die Tiefbau- und die See-Berufsgenossenschaft und für die 22 im Jahre 1888 in Funktion gewesenen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an Entschädigungsbeträgen 8 705 648 M. 85 Pf. gegen 5 873 496 M. 46 Pf. im Jahre 1887 und an laufenden Verwaltungskosten 3 486 729 M. 13 Pf. gegen 2 897 165 M. 87 Pf. gezahlt worden. Die weiteren Ausgaben an Kosten der Unfalluntersuchungen und der Feststellung der Entschädigungen, an Schiedsgerichts- und Unfallverhütungskosten betragen 845 139 M. 86 Pf. gegen 725 619 M. 66 Pf. in 1887. Dazu kommen an Kosten der ersten Einrichtung, sowie Ausgaben auf Grund übernommener Unfallversicherungsverträge 245 773 M. 49 Pf. (225 673 M. 92 Pf.). In den Reservefonds sind für 1888 bis zum 15. August 1889 12 325 379 M. 21 Pf. (9 935 438 M. 94 Pf.) eingelegt worden, so daß im ganzen 25 668 549 M. 73 Pf. (19 157 394 M. 85 Pf.) an effektiven Ausgaben nachgewiesen sind, denen an effektiven Einnahmen 29 730 033 M. 35 Pf. (22 266 483 M. 78 Pf.) gegenüberstehen. Die letzteren umfassen auch die von den meisten Berufsgenossenschaften mit umgelegten Betriebsmitteln für 1889. Der Gesamtbetrag des Reservefonds der 86 Berufsgenossenschaften beläuft sich auf 28 412 028 M. 82 Pf. (15 720 841 M. 66 Pf.). Die Zahl der neuen Unfälle, für welche Entschädigungen festgestellt wurden, beläuft sich für den Bereich der Berufsgenossenschaften auf 19 617 (15 970), für den Bereich der Ausführungsbehörden auf 1 440 (1 182), für den der Versicherungsanstalten auf 179, zusammen auf 21 236 (17 102). Die Anzahl sämmtlicher im Jahre 1888 überhaupt zur Anmeldung gelangten Unfälle beträgt zusammen 138 057 (115 475). Für Unfälle mit Folge einer dauernden völligen Erwerbsunfähigkeit waren in 2 216 (3 166) Fällen, für Unfälle mit tödtlichem Ausgange in 3 692 (3 270) Fällen Entschädigungen festzusetzen. Die Zahl der von getödteten Personen hinterlassenen entschädigungsberechtigten Personen beträgt 2 406 (2 143) Witwen, 5 173 (4 723) Kinder und 185 (217) Ascendenten, im ganzen 7 764 (7 083).

Deutschland.

* Berlin, 12. Nov. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin treten von Verona aus gemeinsam die Rückreise nach Deutschland bezw. nach Berlin an, woselbst Allerhöchstdieselben voraussichtlich am 16. d. M. wieder eintreffen werden.

Der Staatssekretär Graf Bismarck ist gestern Abend nach Friedrichruh gereist.

Die „Freisinnige Ztg.“ will wissen, daß Minister v. Boetticher aus Friedrichruh die Anweisung mitge-

bracht habe, alsbald die Behörden zur Aufstellung der Wählerlisten zu veranlassen, um demnächst mit der Offenlegung der Listen vorgehen zu können.

Der hiesige französische Botschafter Herbet ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Geschäfte der Botschaft wieder übernommen.

In Kürze haben wir bereits gestern die Ausführungen des badischen Bevollmächtigten zum Bundesrath, Frh'n. v. Marschall, im Reichstag in gestriger Sitzung erwähnt, die er in Bezug auf die seitens der Großh. Regierung zu der sozialdemokratischen Partei eingenommenen Stellung vorgetragen hat. Da diese Rede daher speziell für Baden von größerem Interesse ist, lassen wir sie nach einem uns vorliegenden Bericht in Nachstehendem nach ihrem Wortlaut folgen:

Frh'r. v. Marschall führte aus: Beim Eintritt in das hohe Haus habe ich vernommen, daß Herr Ricker in meiner Abwesenheit die Anwendung des Sozialistengesetzes durch badische Behörden unter Zugrundelegung der Muser'schen Broschüre einer sehr scharfen Kritik unterzogen hat. Nachdem der geehrte Herr Abgeordnete bereits bei der ersten Lesung des Etats die Muser'sche Broschüre in dieses hohe Haus gleichsam empfehlend eingeführt hatte, hatte ich erwartet, daß derselbe bei der viertägigen Beratung des Sozialistengesetzes Anlaß nehmen würde, etwas näher die Anschuldigungen, die er damals ausgesprochen hat, zu begründen. Dies ist nicht geschehen. Er hat es vorgezogen, dies heute zu thun. Nun bin ich in der einigermaßen unangenehmen Lage, auf eine Rede antworten zu müssen, die ich nicht gehört habe, in einem Augenblick, wo das allemnäthige Material mir nicht zur Hand ist. Ich will es trotzdem versuchen, auf einige Punkte aus dem Gedächtniß einzugehen. Was die Vorgänge in Offenburg betrifft, so besteht dort eine sehr eifrige sozialdemokratische Partei, an deren Spitze nicht etwa ein Arbeiter, wie man das bei einer Arbeiterpartei voraussetzen sollte, sondern ein Redakteur und Druckermeister steht. (Zurufe.) Derselben sind bereits zwei von ihm redigirte Blätter verboten worden und er ist im vorigen Jahre bestraft worden wegen Einnahme an einer verbotenen Verbindung zur Einschmuggelung des „Socialdemokrat“ in Deutschland. Dieser Mann gedachte nun im vorigen Jahre bei der Neuwahl im siebenen badischen Wahlkreise sich als Reichstagskandidat anstellen zu lassen. Wie wenig die Offenburger Polizeibehörde zu einer allzu rigorosen Handhabung des Gesetzes geneigt war, ergibt sich daraus, daß zunächst eine öffentliche Versammlung stattfand, einberufen von dem sozialdemokratischen Arbeiterverein, in der Herr Ged, das ist der genannte Redakteur, als sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt wurde, nachdem er sein Programm entwickelt hatte. Demnächst fand eine Versammlung in Oppenau statt, die unbeanstandet blieb. Auch hier hat Herr Ged sein sozialdemokratisches Programm entwickelt. Nun folgte eine Wahlversammlung in Rehl am 29. December, und ich glaube, gerade die Vorgänge bei dieser Wahlversammlung sind es, die der Abg. Ricker zum Gegenstand seiner Ausführungen gemacht hat. (Zuruf links.) Die Versammlung fand statt und Herr Ged war in der Lage, etwa eine halbe Stunde lang zu sprechen. Wenn Herr Ricker aus der Broschüre verlesen hat, es sei diese Wahlversammlung deshalb aufgelöst worden, weil der Redakteur das System Pattamer mit dem System Metternich verglichen habe, so ist das absolut unanwahr. Der Gedante, daß ein badischer Beamter in einem Angriff auf einen gewesenen preussischen Staatsminister eine auf Unkurz gerichtete Bestrebung erblickt, gehört, wenn er ernstlich ausgesprochen wird, eigentlich in das Gebiet der unfeindlichen Komit. So etwas ist nicht vorgekommen. Ged hat damals zunächst in ganz harmloser Weise gesprochen von dem „Angstprodukt“, von dem „Keim“, auf den die Wähler gegangen seien, von den „Getreidebaronen“, kurz, das waren verhältnismäßig harmlose Dinge. Eigentlich sind das auch nicht originelle Sachen, es sind ältere Redensarten aus dem Sprachschatz der Partei, die der anwesende Polizeibeamte vollkommen ungeändert ließ. Nun ging es aber aus einem andern Ton. Nun fing Herr Ged an, den Uebergang zu machen von den Verhältnissen in Afrika's zu unsern sozialpolitischen Verhältnissen und erklärte, es sei „eine wahre Schande, daß man zur Sklavenbefreiung in Afrika Geld gebe, während bei uns Tausende und Abertausende in Sklavenfesseln schmachteten, ja, sogar die deutschen Gerichte so und so viel unschuldige Arbeiter alljährlich in das Zuchthaus schickten“. Auf diese Sprache bin hat der anwesende Beamte, der nicht etwa ein subalternen Polizeibeamter war, sondern der juristisch gebildete zweite Beamte des Bezirksamts in Rehl, die Versammlung aufgelöst, und ich sage mit Recht (sehr richtig), und von dem Augenblick an ist dem Redakteur Ged keine weitere Wahlversammlung mehr gestattet worden. (Sehr richtig!) Eine Versammlung, die später abgehalten wurde und gestattet war, ist deshalb aufgelöst worden, weil — entgegen der Ankündigung — der Referent, der genannt war, nur einige Worte sprach und dann Herr Ged reden wollte. Dabei kam er allerdings nur zu den beiden Worten „Werbe Herren“, die neuerlich dem Abgeordneten Mundel Anlaß zu der Satyre gegeben haben, als ob wegen dieses Wortes die Versammlung aufgelöst wäre. (Hört, hört! rechts.) Zu einer richtigen Charakteristik der ganzen Vorgänge gelangt man aber nur, wenn man gleichzeitig die Flugblätter in's Auge faßt, die damals seitens des sozialdemokratischen Arbeiterwahlvereins — Druck und Verlag von Adolf Ged — zur Öffentlichkeit gebracht worden sind. Ich bedauere, die Flugblätter nicht bei mir zu haben. Ich kann ihren Inhalt nur dahin resumiren, daß sie in geradezu schamloser Weise die heillosen Klassen gegen die Bestehenden aufsetzen und daß darin unter anderem

der Satz vorkommt, daß „die Volksvertreter nichts anderes thäten als das Volk unterdrücken, schänden und mißhandeln“, und daß das, was geschehe, Alles „auf Kosten des Gelddeutels, der Freiheit und des Rechtes der armen Leute geschehe“. Diese beiden Flugblätter sind verboten; das Verbot ist seitens der Reichskommission bestätigt worden. Wenn also der Abg. Ricker mit dem Tone stiller Entrüstung das Verhalten der badischen Behörden bei dieser Wahlagitacion geißelt, so möchte ich ihm nur vorhalten, was seinerzeit bei der ersten Beratung des Sozialistengesetzes sein nunmehriger politischer Freund, der Abg. Frh'r. v. Stauffenberg, hier ausgeführt hat. Er sagte: Wahlvereine und Wahlversammlungen sind an sich nicht verboten, weil ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt werden soll, sie können aber nach dem Gesetz verboten werden, wenn sie unter falschen Flaggen segeln, wenn sie herausstellen, daß nicht sowohl der Wahllaud die Hauptsache ist, als vielmehr die Beibringungen, die das Gesetz in den §§ 1, 9 und 11 kennzeichnet. Herr v. Stauffenberg hat sich damals ausdrücklich darauf berufen, daß die Sache sich nach dem gemeinen Vereinsrecht, insbesondere dem badischen, ebenso verhält. Sie können aus dem, was ich Ihnen mitgetheilt habe, entnehmen, ob wirklich damals jene Flugblätter unter einer richtigen Flagge segelten oder nicht. Meines Erachtens hat es sich um weiter nichts gehandelt als um eine sozialdemokratische Agitation im Sinne des Sozialistengesetzes. Ich muß doch wirklich sagen, wenn das keine friedensgefährdende Agitation im Sinne des Gesetzes ist, wo in aller Welt fängt dann die Wirksamkeit des Gesetzes an? Wenn man den Leuten sagt, daß sie in Sklavenfesseln schmachten, daß Alles, was die Regierung und die Volksvertretung thun, nur auf Kosten des Rechts, der Freiheit und des Gelddeutels der armen Leute geschieht — ich frage, ist das nicht eine Sprache, die nach aller Erfahrung der Geschichte von je her den Einzelnen zu Verbrechen und die große Menge zum Umlurze verleitet hat? Sind die sozialdemokratischen Agitatoren so blöde, daß sie nicht sehen können, zu welchen Zielen diese Bahn führt? Glaubt vielleicht der Abg. Liebnicht, daß er, wenn einst die Saat der Agitation aufgehen wird, den Strom dadurch aufhalten kann, daß er die Friedensrede wiederholt, die er uns neulich in 1 1/2 Stunden gehalten hat? Wenn es jemals soweit kommen sollte, dann wird die Tonart maßgebend sein, die wir vor 11 Jahren bei der ersten Beratung des Sozialistengesetzes gehört haben, die Tonart des Herrn Abgeordneten Haffelmann, welcher die andern folgten und folgten müßten. Ich bedauere, auf die andern Vorgänge, die der Abgeordnete Ricker, wie ich gehört habe, gleichfalls erwähnt hat, nicht eingehen zu können, da mir, wie gesagt, das Material nicht zu Gebote steht; ich glaube aber, daß sich wohl noch in nächster Zeit reichlich Gelegenheit dazu finden wird, die Angriffe des Herrn Ricker etwas näher zu beleuchten. In der Hauptsache hat derselbe zum Beweis seiner Behauptungen nichts anderes angeführt als die Muser'sche Broschüre. Nun muß ich doch sagen, der Umstand, daß etwas in einer Broschüre steht, bildet doch noch keinen Beweis. Es ist das ein Satz, den bei andern Gelegenheiten, wenn es gegen sie geht, die freisinnige Partei auch vertreten hat. Nun, gleiches Recht für Alle, auch dann, wenn es sich um Angriffe gegen die Behörden handelt, die im ernstern, schweren Kampfe gegen die Sozialdemokratie stehen. Ich glaube, mit diesen wenigen Worten meiner Pflicht genügt und dargelegt zu haben, daß die badischen Behörden bezüglich der Wahlagitacion in Offenburg vollkommen korrekt, vollkommen loyal gehandelt haben, daß das, was Ihnen von demokratischer und sozialdemokratischer Seite vorgetragen wird, nicht eine Pflichtverletzung, sondern eine Pflichterfüllung ist, und ich glaube endlich den Nachweis geliefert zu haben, daß nur solche Bestrebungen durch die Verbote getroffen worden sind, die in ihrer äußerlich erscheinenden Form, in der Presse, in den Vereinsversammlungen unmöglich gebadet werden können, wenn es noch einen wirksamen Schuß für Staat und Gesellschaft, für Recht und Ordnung, für die heiligsten Güter unseres Volkes geben soll. (Lebhafte Beifall.)

Einer amtlichen Nachweisung zufolge hat sich die Einnahme an Wechselstempelsteuer im Deutschen Reich für die Zeit vom 1. April bis zum Schluß des Monats Oktober 1889 auf 4 295 291,85 M. oder 327 188,85 M. mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres gestellt.

Die „Kreuz-Ztg.“ und die „Frankf. Ztg.“ „bestätigen“ zwar die Nachricht, daß der Bundesrath sich mit einer Vorlage betreffend den Bau strategischer Eisenbahnen im Osten und Westen des Deutschen Reichs beschäftigt, doch sind die „Berl. Polit. Nachr.“ demgegenüber in dem Stand gesetzt, zu versichern, daß ein solcher Gesetzentwurf oder eine solche Vorlage überhaupt nicht existiren.

In der heutigen Sitzung der Kommission für das Sozialistengesetz erklärte Minister v. Herrfurth bezüglich der Anträge Kulemanns, die im bisherigen Gesetze gegebene Definition sei ausreichend erwiesen, übrigens wären Prohibitionsmaßregeln unbedingt notwendig; mit Repressionen allein könne die Regierung nicht auskommen. Nach längerer Debatte, an welcher die Minister v. Boetticher und v. Herrfurth sich wiederholt beteiligten, wurde die Verweisung der Anträge Kulemann an eine Subkommission abgelehnt, worauf Kulemann seinen Antrag zurückzog. Hiernach wurde § 1 des neuen Gesetzes gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen, Sozialisten und Kulemann's mit 15 Stimmen angenommen.

Nach Berichten, welche über den Stand der Bauausführungen an den beiden neuen Eisenbahnbrücken über die Weichsel und Mogat bei Dirschau bezw. Marienburg gegeben werden, dürfte die völlige Beendigung der betreffenden Arbeiten in der Mitte des Jahres 1892 zu erwarten sein.

Breslau, 12. Nov. Die Viehsperre am hiesigen Schlachtviehmarkt wurde seitens des Polizeipräsidenten vom 11. d. M. an aufgehoben.

Sternberg, 12. Nov. Der mecklenburgische Landtag wird morgen hier eröffnet. Die landesherrlichen Kommissarien von Mecklenburg-Schwerin sind Staatsminister v. Bülow und Staatsrath Buchta, von Mecklenburg-Strelitz Staatsminister v. Dewitz.

Schweiz.

Bern, 12. Nov. Der Bundesrath beschied abschläglic das Gesuch eines Schweizer Bürgers in Zürich, welcher für eine schweizerische Unternehmung die Ermächtigung zur Führung der eidgenössischen Flagge auf der See nachsuchte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Nov. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Pola gemeldet, Prinz Heinrich von Preußen werde sich nach der Abreise des Deutschen Kaiserpaars mit „Irene“ auf drei Tage nach Pola begeben, wo auf Befehl des Kaisers Franz Josef Admiral Sterned ein treffen und die Honneurs machen werde. — Die Meldung mehrerer Blätter, daß der Minister des Aeußern, Graf Kalnoky, Seine Majestät den Kaiser nach Innsbruck begleiten solle, wird dem „Fremdenblatt“ aus gut unterrichteten Kreisen als unbegründet bezeichnet. — Gestern wurde der mehrjährige Landtag geschlossen, es haben somit bisher die Landtage von Mähren, Bukowina und Vorarlberg ihre Verhandlungen beendet; bis zum 23. ds. soll auch die Session der übrigen Landtage ihren Abschluß finden. Es verlautet, Graf Hohenwart habe die Führer der Rechten zu einer Konferenz, welche nach Schluß der Landtagsession stattfinden wird, eingeladen.

Italien.

Rom, 12. Nov. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin und Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich bestiegen nach einer Meldung aus Venedig um 3 Uhr 10 Min. mit den Spitzen der Behörden die Munizipalitätsbarke unter dem stürmischen Jubel einer zahllosen Menge und fuhren, gefolgt von einem imposanten Zuge prachtvoll geschmückter Gondeln und Barken, unter den ununterbrochenen enthusiastischen Zurufen der Bevölkerung den großen Kanal hinauf zum Bahnhofs. Dort gab der Kaiser den Vertretern der Behörden bei der Verabschiedung die Hand und ersuchte den Syndikus, der Bevölkerung für die herzlichen und enthusiastischen Kundgebungen zu danken. Der kaiserliche Sonderzug fuhr Punkt 4 Uhr nach Monza ab. Die Kaiserin, welche auf die Nacht „Hohenzollern“ zurückkehrte, reist morgen Abend nach Verona ab. Allerhöchstdieselbe besuchte auf der Rückfahrt zur „Hohenzollern“ den St. Markusplatz und wurde von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. In einer Veröffentlichung gibt der Syndikus die hohe Genugthuung des Kaiserpaars über den herzlichen Empfang seitens der Bevölkerung Benedigs bekannt. Der Kaiser traf um 9 Uhr 45 Min. Nachts in Monza ein und wurde vom König, dem Kronprinzen und den Spitzen der Behörden am Bahnhofs empfangen. Die Monarchen umarmten sich herzlich. Die Stadt war prächtig illuminiert und der Kaiser wurde enthusiastisch begrüßt. Nach der Ankunft fand ein Familiendiner statt. — Der Prinz von Wales ist heute in Brindisi angekommen.

Frankreich.

Paris, 12. Nov. Der Alterspräsident Pierre Blanc eröffnete die heutige erste Sitzung der neuen Kammer mit einer Ansprache, in welcher er darauf hinwies, wie die Republik jetzt zum fünften Male über den Angriff ihrer verbündeten Feinde triumphirt habe. Die Kammer müsse der Wiederkehr schmerzlicher Prüfungen begegnen, indem sie die Unzufriedenheit beseitige, welche solche Prüfungen veranlaßt habe. Er hoffe, daß die Kammer nicht wieder in die früheren Fehler verfallende und insbesondere, daß sie aufreizende Streitigkeiten und unfruchtbare Erörterungen vermeide. Die Ansprache schloß mit den Worten: „Dank der Ausstellung steht Frankreich wieder ruhmbedeckt und groß unter allen Nationen. An uns ist es nun, es glücklich zu machen, indem wir ihm Ruhe, Arbeit und soziale Gerechtigkeit verschaffen.“ (Beifall). — Die Kammer wählte Floquet zum Präsidenten, Casimir Perier und Develle zu Vizepräsidenten. Die Wahlen wurden sehr beifällig aufgenommen. Floquet sprach über die Wahl seinen Dank aus. Die Kammer vertagte sich auf Donnerstag behufs Wahlprüfungen. — Bei dem Beginn der Sitzung waren fast alle Deputirten und sämtliche Minister anwesend; Thivrier, der Bloufenmann, betrat als einer der Letzten den Saal und wurde von seinen Genossen lebhaft begrüßt. Die Tribünen waren dicht besetzt. Auch der deutsche Botschafter Graf Münster war anwesend. — Im Senat hielt der Präsident die üblichen Gedächtnisreden auf drei während der Ferien verstorbene Mitglieder des Hauses; dann vertagte sich der Senat auf Montag. — Der Alterspräsident der Kammer hat diesen Nachmittag doch eine Abordnung der boulangistischen Wähler von Montmartre empfangen und ihren Einspruch gegen die Ungültigkeitserklärung der Wahl Boulangers entgegengenommen. Dérouté und andere boulangistische Deputirte begleiteten die Abordnung. Bis 4 Uhr blieb die Ruhe ungestört. Einige Personen, die dem Befehle, weiterzugehen, nicht Folge leisteten, wurden verhaftet. Als Dérouté vor der Kammer erschien,

bildete sich eine Zusammenrottung um ihn, welche die Polizei jedoch zerstreute. Biersch hörte man den Ruf: „Ins Wasser mit Dérouté!“ Dérouté wurde verhaftet. Die Menge schien den Boulangisten nicht freundlich gesinnt. Auch als die Deputirten das Palais Bourbon verließen, erwartete man vergeblich die angesagte Kundgebung. Die Neugierigen waren bereits weit weniger zahlreich. Um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr erhielten die Truppen den Befehl zum Rückmarsch in die Kasernen. Die Zahl der heute vorgenommenen Verhaftungen beträgt 158, davon wurden 60 aufrechterhalten. Unter den Verhafteten befindet sich auch der Anarchist Soudais. Dérouté und Genossen wurden Abends 9 Uhr wieder freigelassen.

— Das „Journal des Débats“ schreibt: „Das Programm des Herrn Leon Say ist sehr einfach. Er ist dagegen, daß man fortsetze, disparate Ministerien zu bilden, welche mehr oder weniger alle republikanischen Fraktionen befriedigen sollen. Er will eine kluge, duldsame und maßvolle Politik, welche von einem homogenen Ministerium in's Werk gesetzt wird. Er hofft, daß diese mit Entschlossenheit ausgesprochene und mit Festigkeit verfolgte Politik die Unterstützung der Gemäßigten aller Parteien und die Zustimmung der öffentlichen Meinung finden wird; aber er scheitelt sich nicht mit der Hoffnung, daß sie von den Radikalen angenommen und unterstützt werden wird. Sich einzubilden, die Wiedereinführung der Schwelgerei in die Krankenhäuser, die Einstellung der Zangsverweltlichung der Mädchenschule und die Fernhaltung der Seminaristen von der Kaserne werden die Willigung des Herrn Clemenceau und seiner Freunde finden; anzunehmen, daß unsere Artikel und unsere Reden dieselben entwerfen und überzeugen werden, dies hieße die Nothwendigkeit zu weit treiben. Mit den nöthigen Maßregeln der Abhilfe warten wollen, bis die radikale Partei zustimme, das hieße mit anderen Worten gerade so viel, als solche Maßregeln niemals ergreifen wollen und sie überhaupt nicht ernstlich fordern. Wenn man eine wahrhafte und ehrliche gemäßigte Politik einleiten will, muß man nicht damit beginnen, sie dem Belieben der radikalen Partei unterzuordnen, und so mit der einen Hand das zurückziehen, was man mit der anderen zu geben sich den Ansehen gibt.“ Der von Jules Diez gezeichnete Artikel des „Journal des Débats“ schließt mit der Aufforderung an die gemäßigten Liberalen, sich an ihr Programm zu halten, sich nicht in Feilschereien einzulassen, sich selbst tren zu bleiben. — Der „Figaro“ sagt, der Augenblick für eine Politik der Mäßigung scheine noch nicht gekommen zu sein, aber der Keim dazu sei gelegt. Etwa hundert Abgeordnete von links und etwa hundert Abgeordnete von rechts seien von der Unzufriedenheit der bisher besetzten inneren Politik überzeugt, aller kleinlichen Unterdrückungen müde; sie seien allerdings noch nicht zahlreich und vielleicht auch noch nicht unternehmend genug, um ihre Auffassungen gegen über den Couloirtrannen durchzusetzen, durch welche sich die abgesetzene Kammer hat leiten lassen und welche ihren verwerflichen Einfluß auf die neue Kammer weiter ausüben wollen, aber der Versuch sei gemacht, das Befestigte gesagt worden. „Der Keim ist in den Boden gelegt und er wird langsam, aber sicher Frucht treiben.“ Es gelte aber fest zu sein, den Muth seiner Meinung zu haben.

Belgien.

Brüssel, 12. Nov. Gestern ist hier die Antislaverei-Konferenz eröffnet worden, zu welcher alle diejenigen Staaten Einladungen erhalten haben, welche auf dem Berliner Kongreß vertreten waren. Ein Delegirter des Sultanats von Sansibar soll der „Nat.-Ztg.“ zufolge von der Kommission der Konferenz gehört werden, weil dieser Staat bei der Unterdrückung des Sklavenhandels wichtige Dienste zu leisten vermag. Dasselbe gilt für Persien. Die Schiffsladungen von Sklaven, welche Afrika verlassen und dann das Rote Meer passieren, sind nämlich zum großen Theile für Arabien und die Staaten des Schahs von Persien bestimmt. Letzterer wird deshalb auf der Antislaverei-Konferenz durch den persischen Gesandten in Paris und Brüssel, General Nazare-Aga, vertreten. — Die neue Kammer session wurde ohne Feierlichkeit eröffnet und das bisherige Präsidium und Bureau wiedergewählt. Der Präsident bezeichnete die Sozialreformgesetz als Hauptgegenstand der Session. 200 Studenten brachten nach dem Kammerpalast eine Petition zu Gunsten der Einführung des allgemeinen Stimmrechts.

Serbien.

Belgrad, 12. Nov. Der erste Besuch, den König Milan einem Vertreter der Mächte abstattete, galt dem russischen Gesandten Periani, was nicht geringes Aufsehen erregt und mit der Königinfrage in Verbindung gebracht wird. Heute besuchte er auch den französischen Gesandten; ferner empfing er den Besuch Pasitsch's. — Bei den Nachwahlen zur Skupstina in Belgrad-Zaicar siegten die Radikalen.

Bulgarien.

Sofia, 12. Nov. Die seitens der Zaribroder Behörden über den Zwischenfall an der serbisch-bulgarischen Grenze angestellten Ermittlungen ergaben Folgendes: Ein serbischer Bauer hatte mit Schmuggelwaaren die bulgarische Grenze überschritten. Die Zollwächter wollten sich der Waaren und des Trägers bemächtigen, derselbe ließ jedoch die Contrebande zurück und floh nach der serbischen Grenze zu. Ein Zollwächter schoß und verwundete den Bauern, welcher dann ins Spital nach Sofia gebracht wurde. Die Sache ist als gewöhnliche Zollangelegenheit den Gerichten übergeben.

Montenegro.

Cettinje, 12. Nov. Die früher schon in Aussicht genommene Errichtung einer diplomatischen Vertretung Montenegros in Petersburg dürfte dem Wiener „Fremdenblatt“ zufolge demnächst verwirklicht werden. Von dem Plane dagegen, eine montenegrinische Vertretung in Belgrad zu kreiren, ist man hier vorläufig abgekommen.

Türkei.

Konstantinopel, 12. Nov. Ein Berichterstatter der „Times“ behauptet aus zuverlässiger Quelle Mittheilungen über die Besprechung des Grafen Bismarck mit dem Großvezier erhalten zu haben. Nach einigen

allgemeinen Bemerkungen über die Stellung der Türkei zu dem Friedensbunde hätte der Großvezier hingewiesen auf die Gefahren, welche in der bulgarischen Frage durch Zwischenfälle hervorgerufen werden könnten. Graf Bismarck soll darauf geantwortet haben, die Mächte würden unter keiner Bedingung, ob politischer Art oder nicht, eine Störung der vorhandenen Sachlage dulden. Bulgarien habe sich eine Stellung erworben, welche es vor jeder Belästigung schütze, die es nicht selbst hervorriefe. Es läge durchaus im allgemeinen europäischen Interesse, diesen Zustand und eine Sachlage aufrecht zu erhalten, die Bulgarien immer fester gestalten könnten, ohne der Würde oder den Interessen der Türkei zu schaden. Schließlich beglückwünschte Graf Bismarck die Pforte zu ihrer Haltung gegen Bulgarien, die weise und klug sei und die Zustimmung aller befreundeten Völker verdiene. Beim Abschied von den Ministern sagte er noch: „Muth und viel Glück, noch besitzt die Türkei umfassende Mittel, um ihr großes Gebiet zu behaupten.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 13. November.

Bei der Hundemusterung im Juni laufenden Jahres wurde im Großherzogthum im Ganzen für 31 267 Hunde die gesetzliche Taxe entrichtet. Außerdem wurde solche in der Zeit zwischen der Musterung des Vorjahres und des laufenden Jahres für 3 878 Hunde entrichtet. Die Gesamtzahl der verstorbenen Hunde belief sich hiernach auf 35 145 Stück. Darunter befanden sich 26 098 männliche und 9 052 weibliche Thiere.

In den Gemeinden von 4 000 und mehr Einwohnern, in welchen die Taxe 16 M. beträgt, kamen 9 610, in den übrigen Gemeinden, in welchen eine Taxe von nur 8 M. zu entrichten ist, 25 535 Hunde zur Versteuerung.

Der Ertrag der Taxen hat sich demnach in den ersten Gemeinden zusammen auf 153 760 M. und in den übrigen Gemeinden zusammen auf 204 280 M., im Ganzen also auf 358 040 M. belaufen, wovon nach Abzug der Musterungs- und Erhebungslosten die Hälfte in die Gemeindekassen fließt.

In den letzten fünf Jahren stellte sich die Zahl der verstorbenen Hunde wie folgt:

im Jahr 1884 auf	26 813,
„ „ 1885	28 569,
„ „ 1886	30 509,
„ „ 1887	31 756,
„ „ 1888	33 276.

(Zubelfeier.) Für die G. Braun'sche Hofbuchhandlung und Hofbuchdruckerei dahier ist der heutige Tag ein Tag der Freude, kann sie doch heute das Fests ihres 75jährigen Bestehens feiern, in welcher Spanne Zeit es ihr gelungen ist, aus kleinen Anfängen heraus sich zu einem der größten Geschäfte unseres Landes, die in dieser Gattung bestehen, emporzuarbeiten. Am 13. November 1813 gegründet, wäre das 75jährige Jubiläum eigentlich im vorigen Jahre schon zu begehen gewesen, doch hat man damals mit Rücksicht auf einen in der Familie des jetzigen Geschäftsinhabers, Herrn Heinrich Knittel, vorgekommenen Todesfall, sowie im Hinblick auf eine persönliche Feier desselben davon Umgang genommen und auf dieses Jahr verschoben, da es mit 1. November ds. Jrs. gerade 25 Jahre her sind, seit Herr Heinrich Knittel in das Geschäft eintrat und dem er nun schon eine stattliche Reihe von Jahren als Chef vorsteht. Von höchster Stelle, von unserm allergnädigsten Landesherren, war dies Jubiläum als Veranlassung genommen, Herrn Knittel mit mitfolgendem huldvollen Handschreiben das Ritterkreuz 1. Klasse des Ordens vom Jahningern Löwen zu verleihen. Die hiesige Handelskammer ließ durch eine Deputation, bestehend aus den Herren Kommerzienrath Schneider und Kaufmann Leichlin, ihre Glückwünsche überbringen. Seitens des Vereins „Typographia“ wurde dem Jubilar gestern Abend ein gelungenes Gesangsständchen dargebracht. Daß außer den zahlreichen hiesigen und auswärtigen, theils persönlichen, theils geschäftlichen Freunden des Jubilars, besonders sein Personal bestrebt war, seinem Chef an dessen Ehrentage die wohlverdienten Glückwünsche darzubringen, ist wohl selbstverständlich. Das Geschäftszimmer des Jubilars hatte denn auch eine ebenso reichliche wie sinnige Ausschmückung mit Guirlanden und Pflanzen erhalten, und auf dem Bulte ruhte ein großes Prachtstahl mit den Photographien der bis heute unter Herrn Knittel gefandenen Herren der Buchhandlung, das Herr Buchhändler Schöber unter den besten Wünschen für das fernere Wohlergehen des Chefs sowohl wie des Geschäftes dem Jubilar überreichte. Witterweise hatte sich das gesammte übrige Personal in dem sehr passend geschmückten großen Saal versammelt, um hier dem verehrten Chef Glück und Segen zu wünschen. Als Herr Faktor Schröder den Jubilar dort einführte, wurde er mit dem Biede: „Das ist der Tag des Herrn“ empfangen, worauf Herr Schröder namens der Versammelten Herrn Knittel zu seinem und des Geschäftes Jubiläum auf das herzlichste beglückwünschte, wobei er in Kürze der Entwicklungsgeschichte des Geschäftes gedachte. In das vom Redner auf den Jubilar ausgebrachte Hoch stimmten die Versammelten freudig ein, wie auch das im Anschluß hieran von Herrn Redakteur Hartmann ausgebrachte Hoch auf das fernere Blühen und Gedeihen des Geschäftes lebhaft Zustimmung fand. Sichtlich bewegt, dankte Herr Knittel für die ihm und seinem Hause entgegengebrachten Segenswünsche und brachte diesen Dank mit einem Hoch auf seine treuen Mitarbeiter zum Ausdruck. Auf einem Tisch, inmitten von frischem Grün, waren die dem Jubilar vom Personal gesendeten Ehrengaben aufgestellt, auf die wir noch in Kürze zurückzukommen gedenken. Mit einem Lied fand sodann die ebenso schöne wie erhebbende Feier ihren Abschluß.

Manheim, 12. Nov. (Die Errichtung einer Gewerbehalle) bezw. einer permanenten Ausstellung am hiesigen Plage beschäftigte gestern in einer zahlreich besuchten, vom hiesigen Gewerbe- und Industrieverein einberufenen Versammlung hiesiger hervorragender Gewerbetreibender die Interessentenkreise. Man beschloß für die nächste Woche eine allgemeine Versammlung behufs Stellungnahme weiterer Kreise zu dem Projekte einzuberufen, nachdem sich die getrige Versammlung zu Gunsten der Errichtung einer solchen permanenten Ausstellung, die aber nicht eine Verkaufsstelle sein soll, ausgesprochen hat. Aus einer Denkschrift des Gewerbe- und Industrievereins ersehen wir, daß derselbe schon seit Jahren befreit ist, die Interessen des hiesigen Gewerbestandes mit allen Kräften zu fördern und das Gewerbe am hiesigen Plage zu heben. Soll nun aber der Verein seinem vorgezeichneten Ziele, Vertreter der Gesamtinteressen des Manheimer Gewerbestandes zu werden, immer näher kommen, so be-

darf er ein eigenes Heim, er bedarf nach dem Vorbild anderer Städte gleichen Ranges eine Anstalt, welche Mittelpunkt seiner ganzen Wirksamkeit zu sein hätte. Die Industriepflege und Verkehrscentren weitest mit einander und suchen sich zu überbieten durch Einrichtungen zum Wohl und zur Förderung des einheimischen Gewerbestandes. Ueberraschend zeigt sich der Einfluß der Gewerbetreibenden und Gewerbehallen auf allen Gebieten gewerblicher Tätigkeit, namentlich auf dem des Kunsthandwerks. Auch für unsere Stadt ist eine derartige Anstalt zum unabwiesbaren Bedürfnis geworden, als Centralbildungsanstalt für das ganze Mannheimer Gewerbe. Ermuntert durch die Erfolge, welche der hiesige Gewerbe- und Industrieverein auf verschiedenen Gebieten zu verzeichnen hat, und in Anbetracht der praktischen und zeitgemäßen Einrichtungen in anderen Städten ist derselbe in neuester Zeit dieser Frage neuerdings näher getreten und hat eine Kommission gewählt, welche sich an die Vorstände und Verwaltungen von zwölf verschiedenen Gewerbehallen Deutschlands und der Schweiz mit der Bitte um Zufendung geeigneten Materials bezw. um Mitteilung über gemachte Erfahrungen gewandt hat. Nach Sichtung des eingelaufenen Materials ist nun diese Kommission zur Ansicht gelangt, nach den Vorbildern von Augsburg, Nürnberg, Bremen, Hannover und insbesondere auch nach dem Beispiel der Landesgewerbehalle in Karlsruhe eine permanente Anstalt gewerblicher Erzeugnisse zu errichten, welche ein Gesamtbild der Leistungsfähigkeit des hiesigen Volkes in industrieller, gewerblicher und kunstgewerblicher Beziehung zu bieten hätte. Die Denkschrift des Gewerbe- und Industrievereins weist ferner auf die fortschreitende Technik hin, welche fortwährend neue Werkzeuge und Hilfsmaschinen erfindet oder Verbesserungen an älteren anbringt, deren Benützung dem Gewerbetreibenden vielfache Vorteile schafft. Maschinen und Motive müssen in der Gewerbehalle auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden. Von größter Wichtigkeit ist die Anlage einer Sammlung kunstgewerblicher Vorbilder. Unser Handwerker und Kunstgewerbetreibender muß auch mit dem Besten, was früher geschaffen wurde, bekannt gemacht werden, um selbständig schaffen zu können. Mit der Gewerbehalle müßte die Gewerbeschule, der Arbeiterfortbildungsverein und der Gewerbe- und Industrieverein in ganz nahe Fühlung gebracht werden. Die ganze Anlage der Gewerbehalle müßte derart sein, daß in derselben veridisch wiederkehrende Fachausstellungen abgehalten werden könnten. — Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die unter der Initiative des Vorstehers des Gewerbe- und Industrievereins, Herrn Bouquet, geführten bisherigen Verhandlungen und die noch in Aussicht stehenden Maßnahmen zur Errichtung der Gewerbehalle führen werden und damit unserer Stadt in ihrem Erwerbsleben ein neues gemeinnütziges Institut eingeführt wird.

Ans dem Wiesenthal, 12. Nov. Tod durch Blutvergiftung. — (Postalisches.) Die Familie des Rathschreibers Klingele in Aleritz ist von einem Unglücksfall betroffen worden. Ein 11-jähriges Töchterchen fiel vor einiger Zeit, wobei es auf einen rostigen Nagel trat und sich am Fuß in solch unheimlicher Weise verletzte, daß die Eltern der Verwundung keinerlei Beachtung schenkten. Vor 4 Tagen traten jedoch plötzlich heftige Schmerzen ein und nach kurzer Zeit starb das junge Mädchen unter furchterlichen Qualen. Der herbeigerufene Arzt konnte keine Rettung mehr bringen und konstatierte Blutvergiftung. — Vor einigen Tagen weilt Herr Oberpostdirektor Eckardt von Konstanz im benachbarten Fabrian, um sich über die dortigen Postverhältnisse zu informieren. Die Gemeinde Fabrian, welche bisher nur eine Postagentur besaß und dem hiesigen Postamt unterstellt war, soll nun in Wäde ein Postamt 3. Klasse erhalten, da sich der Verkehr dort in einer Weise gesteigert hat, daß die jetzige Einrichtung zur Bewältigung desselben als nicht mehr ausreichend erscheint. Herr Krafft-Fabrian wird, wie man hört, ein passendes Gebäude erstellen und dasselbe der Postdirektion gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung stellen. Da auch die Maßfrage bereits geregelt ist, wird der Bau wohl in kürzester Zeit in Angriff genommen werden.

Neuere Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 13. Nov. Im Reichstag kamen heute die Anträge des Abg. Nickerl betreffend die Verträge gegen die Gewerbeordnung, das Wahlgesetz und das Sozialistengesetz zur Verhandlung. Es empfahl dabei v. Marquardsen, zur motivierten Tagesordnung überzugehen, da die Anträge implicite einen Tadel gegen die Regierung enthalten. Nickerl befrucht das letztere, er wolle mit seinem Antrage der Regierung gegenüber keinen Tadel, sondern nur eine Bitte aussprechen. Die neulichen Auslassungen über die Zustände in Baden glaubt Nickerl nicht zurücknehmen zu müssen trotz der lebhaften Einsprüche von nationalliberaler Seite. Ein großer Kreisbesuch in diesem liberalen Lande liege u. a. in dem offiziellen Pressewesen und dem damit verbundenen amtlichen Annoncenwesen. Wenn man dem badischen Redakteur Ged ein für allemal jedwede Abhaltung von Versammlungen verbot, habe man sich damit einer flagranten Verletzung des Sozialistengesetzes schuldig gemacht, und so spränge die badische Regierung mit dem Gesetze des Reichs um; das könne sich der Reichstag selbst unmöglich gefallen lassen. Jenes Verfahren sei ebenso gesetzwidrig, als das Verhalten des vormaligen Ministers v. Puttkamer, wenn dieser dem Abgeordneten Nebel jedes öffentliche Auftreten von vornherein verbieten zu können glaubte.

Der badische Bevollmächtigte Frhr. v. Marschall ist nach nochmaliger Prüfung der gesamten Sache nicht in der Lage, irgend ein Wort von dem zurückzunehmen, was er einerseits über die rechtliche Auslegung des § 9 des Sozialistengesetzes wie andererseits über das tatsächliche Material, welches seiner Anwendung in den bekannten badischen Vorgängen zu Grunde lag, geäußert habe. Im Falle Ged habe die Polizeibehörde einfach vor der Alternative gestanden, ob in der verbotenen Versammlung ein Hervortreten von umstürzlerischen Bestrebungen zu befürchten gewesen wäre oder nicht. Erstes sei um so mehr anzunehmen gewesen, als der Einberufer selbst, ein berufsmäßiger sozialdemokratischer Agitator, wiederholt mit dem Sozialistengesetz in Konflikt gekommen war. Das Vorgehen der badischen Regierung befände sich durchaus im Einklange mit dem Geiste und Zweck des Sozialistengesetzes. Hervorragende Juristen wie der verstorbene Generalstaatsanwalt Schwarze hätten ausdrücklich

anerkannt, daß auch die Antezedentien eines Einberufers bei Anwendung des § 9 des Sozialistengesetzes in Betracht zu ziehen seien.

Der Beschwerde Nickerls über die badische Misverwaltung hinsichtlich des Amtsverföndigungswesens läge nicht ein einziger konkreter Fall zu Grunde, deshalb erscheine hierüber jede Erörterung gegenstandslos. Mit Unrecht verlange Rechtsanwalt Muer, daß in jedem Falle, wo es sich um das Verbot einer Versammlung handle, der Nachweis der drohenden Anwendung von Gewalt nötig werde, das widerspreche durchaus dem Gesetz.

Was das Verbot von badischen Flugblättern betreffe, welches ebenfalls als gesetzwidrig bezeichnet worden, so seien jene u. a. auf nichts geringeres ausgegangen, als die Soldaten zum Treubruch zu verleiten. Es müsse gerade als Beschimpfung der arbeitenden Klassen angesehen werden, wenn die Sozialdemokratie, die solches anstrebe, sich mit jenen zu identifizieren wage. Solche Vorwürfe, wie Nickerl der badischen Regierung gegenüber erhebe, müsse Redner pflichtgebührend aufs schärfste zurückweisen, solange er an seiner Stelle stehe (lebhafter Beifall).

Nachdem noch Hegel und Müller gegen die Anträge und Singer für dieselben gesprochen, geht das Haus zur motivierten Tagesordnung über. Dagegen stimmen das Centrum, die Freisinnigen, Polen und Sozialisten. Morgen 1 Uhr zweite Etatsberatung.

Berlin, 13. Nov. Die Budgetkommission genehmigte unbeanstandet die Einnahmen sowie die Ausgaben für den Marineetat, die Seewarte etc. und bewilligte die Mehrforderungen für den neuen Viceadmiral mit 13 200 Mark mit 13 gegen 11 Stimmen. Von den Mehrforderungen des Titels II. wurden 50 760 M. auf Antrag des Frhrn. v. Franckenstein, nachdem die volle Mehrforderung abgelehnt, ebenfalls bewilligt. Ein Korvettenkapitän, zwei Kapitänleutenants, zwei Seelieutenants zusammen mit einem Aufwand von 17 000 M. wurden gestrichen, die Vermehrung der Deckoffiziere (66 300 M.) ohne Abstimmung genehmigt, ebenso die Zulage für den neuen Marinebevollmächtigten zu Rom von 10 000 M. Fortsetzung morgen.

Dresden, 13. Nov. Die Thronrede Seiner Majestät des Königs heißt den Landtag herzlich willkommen und konstatiert die günstige und erfreuliche Gestaltung der wirtschaftlichen Lage. Industrie und Handel seien in weiterem Aufschwung begriffen, zugleich sei eine Besserung der Verhältnisse der arbeitenden Klassen eingetreten. Das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens sei befestigt. Mit Zuversicht können weitere fruchtbarere Erfolge erwartet werden. Die Thronrede kündigt weitere Unterstützung der Schulgemeinden durch Beiträge zur Lehrerbildung an, wozur eine allgemeine Ermäßigung des Schulgeldes an den Volksschulen ermöglicht werde, ferner die Aufbesserung der Beamtengehälter im Finanzjahre 1892/93, schon jetzt aber fallen die Pensionsbeiträge und die Beihilfen an niedrig Besoldete weg. Endlich werden Vorlagen über Pensionen an Gemeindebeamte, die Abänderung des Zusammenlegungsgesetzes, die Armenordnung und den Bau mehrerer Lokalbahnen in Aussicht gestellt.

München, 13. Nov. In der Kammer begründete der Abgeordnete Soden den Centrumsantrag betreffend die Zurückberufung der Redemptoristen. Kultusminister Frhr. v. Luz erklärte, er stehe dieser Frage wohlwollend gegenüber. Handle es sich um den gewünschten Beweis des Wohlwollens gegen Bayern, so gestatte der Bundesrath gewiß die Zurückberufung. Es handle sich aber um die prinzipielle Durchführung des Reichsgesetzes. Die bayerische Regierung müsse daher bei dem Bundesrath nachweisen, daß die Redemptoristen keine den Jesuiten verwandte Korporation seien. Die Kammer nahm sodann, nachdem der Abg. Schanz namens der Linken noch erklärt hatte, daß sie dem Antrag nicht zustimmen könne, den Centrumsantrag mit 81 gegen 74 Stimmen an.

Gratz (Bosn.), 13. Nov. An Stelle des verstorbenen Zutzevski wurde der Pole Cegielski zum Landtagsabgeordneten gewählt.

Bern, 13. Nov. Der Regierungsrath von Bern hat die Volksabstimmung über die Eisenbahnfusion auf Sonntag den 8. Dezember angesetzt.

Wien, 13. Nov. Seine Majestät der Kaiser ist mit Kalmoty heute früh hier eingetroffen. Der Kaiser empfing die Teilnehmer der hier tagenden Bischofskonferenz um zehn Uhr in Audienz, die zwanzig Minuten währte.

Pest, 13. Nov. Die ungarische Regierung zeigte der deutschen Regierung den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche an, welche wohl die Mastung beeinträchtigt und Handel und Verkehr hemme, der Gesundheit der Thiere aber nicht im geringsten schädlich sei. Die Regierung theilte die getroffenen außergewöhnlichen strengsten Verfügungen mit beifolgender Lokalisierung der Seuche. Die Behörde stellte den ganzen Verkehr nach Deutschland ein und ersuchte die deutsche Regierung, die Einfuhr gesunder Mastungen nicht zu hemmen. Minister Szapary und Ministerialrath Lipthay überzeugten sich durch Besuch der Kontumazanstalten persönlich von der strengsten Durchführung dieser Maßregeln.

Monza, 13. Nov. Ihre Majestäten Kaiser Wilhelm und Königin Humbert mit dem Kronprinzen begaben sich heute früh nach dem Dejeuner zur Jagd. Heute Abend findet hier Familiendiner statt. Die Stadt ist mit deutschen und italienischen Fahnen reich geschmückt.

Paris, 13. Nov. Eine heute abgehaltene Vollversammlung der Rechten beschloß einstimmig, eine abwartende Haltung zu beobachten und ihr Verhalten nach demjenigen zu richten, welches die Regierung und die republikanische Majorität ihr gegenüber beobachten werden.

Konstantinopel, 13. Nov. Ein Trabe des Sultans genehmigt den seit langem angestrebten Bau einer Kapelle für protestantische Pilger in Bethlehem, wodurch einem Herzenswunsche Ihrer Majestät der Deutschen Kaiserin entsprochen wurde. Seine Majestät Kaiser Wilhelm verlieh dem früheren Großvezier Saib Pascha kurz vor seiner Abreise das Großkreuz des Rothen-Adler-Ordens.

Konstantinopel, 13. Nov. Der diesseitige Gesandte in Belgien, Carathodory Effendi, ist zum Vertreter der türkischen Regierung bei dem Antislavereikongresse zu Brüssel ernannt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag, 14. Nov. 126. Ab.-Vorst.: „Cornelius Vos“, Lustspiel in 4 Akten, von Franz v. Schöthan. Anfang 1/7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe, Auszug aus dem Standesbuch-Register.
 Geburten. 7. Nov. Karl August, B.: Karl Burkhardt, Metzgermeister. — 8. Nov. August, B.: Christof Scharf, Tagelöhner. — 12. Nov. Hans Otto, B.: Gustav Schönleber, Professor.
 Todesfall. 12. Nov. Eduard Tegeler, Chem., Privatier, 70 Jahre.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

November.	Barom. mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind. in m	Humid.
12. Nachts 9 U.	761.9	+ 1.8	4.1	78	NE	klar
13. Morgs. 7 U.	762.6	- 1.4	3.6	88	E	"
12. Mittags 2 U.	762.4	+ 6.8	4.8	66	"	"

¹⁾ Wasserstand des Rheins. Mainz, 13. Nov., Morgs. 4.16 m

Hinks' Patent-Doppelbrenner-Lampen.

Seit Jahren als beste Erdöllampe auf das Glänzendste bewährt. Grösste Auswahl der elegantesten neuesten Muster. Einzige Niederlage in Karlsruhe bei F. Mayer & Co., Hoflieferanten, Rondelplatz.

Wetterkarte vom 13. November, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Die Luftdruckverteilung ist nahezu die gleiche wie am Vortage geblieben. Während die Depression im hohen Norden bis zum Dniepergebiet herab trieb, regnerischer und dabei ziemlich mildes Wetter bedingt, herrscht im Binnenland unter der Herrschaft hohen Druckes heiteres oder neblig-frostiges Wetter.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 13. November 1889.

Staatspapiere.		Bauaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	107.65	Staatbahn	208 3/4
4% Preuss. Konf.	106.50	Lombarden	111 1/2
4% Baden in fl.	102.95	Galizier	—
4% in W.	104.—	Elbthal	190.50
Deherr. Goldrente 93 50	93.50	Wiedener	164.—
Silber.	73.10	Waldenburger	125.50
4% Ungar. Goldr.	86.25	Waldenburger	196.20
1877r. Russen	—	Waldenburger	175.10
1880r.	92.80	Waldenburger	168.40
II. Orientanleihe	65.43	Waldenburger	20.35
Italiener	93.30	Waldenburger	80.72
Ägypter	92.80	Waldenburger	171.80
Spanier	74.50	Waldenburger	16.16
Serben	84.70	Waldenburger	5.—
Bauaktien.		Wechsel und Corten.	
Kreditaktien	264 1/2	Waldenburger	103.90
Disconto-Kommandit	237.20	Waldenburger	168.40
Basler Banker	161.—	Waldenburger	20.35
Darmstädter Bank	174.70	Waldenburger	80.72
5% Serb. Hyp. Ob.	85.60	Waldenburger	171.80
Berlin.		Wien.	
Deff. Kreditakt.	166.10	Kreditaktien	311.70
Staatbahn	103.20	Marknoten	58.47
Lombarden	66.—	Ungarn	101.25
Dist.-Kommand.	236.70	Tendenz: fest.	—
Laurahütte	169.96	Paris.	—
Dortmunder	130.70	3% Rent.	87.35
Waldenburger	64.50	Spanier	74 1/2
Böhm. Nordbahn	—	Ägypter	461.—
Tendenz: —	—	Ottomane	546.—
Tendenz: —		Tendenz: —	

Todesanzeige.
3.981. Karlsruhe.
Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwiegervater und Großvater
Eduard Tegeler,
Bergwerksdirektor a. D., heute Nachmittag nach kurzem Leiden im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen ist.
Karlsruhe, 12. Nov. 1889.
Die trauernden Hinterbliebenen.

3.819.2. Medesheim, Amt Heidelberg. Arztstelle.

Der unterzeichnete Gemeinderath sucht einen tüchtigen prakt. Arzt, der event. geneigt wäre, sich hierorts niederzulassen. Denselben wird vom 1. Februar 1890 ab aus der Gemeindefasse ein jährl. Zuschuß von 800 M. zu Theil. Außerdem erhält er die Stelle als Verbandsarzt des Krankenversicherungs-Verbands Lohbachtal, mit dem Vorort Medesheim, welche ihm jährlich 400 bis 500 M. einträgt. Reflektanten wollen sich spätestens bis zum 15. Dezember melden. Zur Auskunft jeglicher Art ist der Unterzeichnete gerne bereit. Der Gemeinderath Medesheim: Stoll, Bürgermeister.

Ich habe mich dahier als Rechtsanwalt
niedergelassen.
3.806.2. Karlsruhe, 5. Nov. 1889
Verrenstraße Nr. 30.
Dr. iur. Robert Süpfler.

Markgräfler
bad, Weiß- & Rothweine
Gesunde Tisch- und Tafelweine
versende zur Probe eine Kiste mit 20 großen Flaschen in 4 Sorten zu **Mark 19.50**
Kiste und Verpackung frei.
Aechtes Schwarzwald-Rothwasser.
A. Attenhofer
Eulenburg (Baden), 3.957.1

Bertrater-Gesuch.
3.772.2. Für einen täglichen Verbrauchartikel in Speckereien wird für Karlsruhe und Umgebung gegen hohe Provision ein tüchtiger Vertreter gesucht.
Off. Offerten beifügt unter K. L. 102 die Exped. d. Bl.

Stellegesuch.
3.980.1. Ein praktisch und theoretisch ausgebild. Maschinentechniker, verb. flinter Zeichner, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung und steht dabei mehr auf die Dauer derselben, als auf hohe Bezahlung.
Off. Offerten erbittet man unter Nr. 980 an die Exped. d. Blattes.
3.959. Auf 1. Januar n. J. suche ich einen **Schreibgehilfen.**
Notar Dr. Reichardt in Einheim a. Elb. Freiburg, den 7. November 1889.

Henneberg's
„Monopolseide“
ist das Beste!
Nur direct!
9.898.4.

3.991. Karlsruhe. Feiner, fall-n. einbrun- licher Geld-, Bücher- und Dokumenten-Schränke empfiehlt Wilh. Weiss
Karlsruhe Erbprinzenstr. 24

Vellosilla,
milde schön brennende
89r Havana-Cigarre,
zu M. 70. — per mille in 1/10 R.
empfehlen W. 677.46
St. Kesselheim, Mannheim.

Griechische Weine.
3.49.40. Vorzügliche
Tisch-, Süß- u. Krankenweine.
1 Kiste mit 12 grossen Flaschen in 12 Sorten
19 Mark.
J. F. Menzer,
Ritter des Kgl. Griech. Erlösordens.

Berder'sche Verlags-Handlung zu Freiburg im Breisgau.

Sieben ist erschienen und durch Nachschlagebuch für jeden Juristen u. Cameralisten, Beamten u. Parlamentarier alle Buchhandlungen zu beziehen ein

Staatslexikon.

Herausgegeben im Auftrage der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland durch Dr. Adolf Brüder.
Custos der I. I. Universitäts-Bibliothek Innsbruck.
Erster Band (1.—10. Heft): Argau bis Corpus iuris. Lex.-8°. VIII S. und 1598 Sp. M. 15; geb. in elegantem Original-Einband, Halbfranz mit Rückenpressung, M. 17.40. Einbanddecke allein M. 1.60; Lederrücken allein M. 1.20.
Erscheint auch in Heften à 5 Bogen Umfang, oder in Halbbänden im Umfang von 25 Bogen. Preis pro Heft M. 1.50, pro Halbband M. 7.50.

Worms.

Eröffnung des städtischen Spiel- und Festhauses.

Mittwoch den 20. November 1889, Nachmittags 4 Uhr:
Drei Jahrhunderte am Rhein.
Schauspiele für die Volksschule von Hans Herrig.
Aufgeführt von 200 freiwilligen Spielgenossen aus der Wormser Bürgerschaft.
Preis eines Plages 10 Mark.
Eintrittskarten können gegen Einzahlung des Betrages und Porto's ausgeteilt oder auf Verlangen an der Kasse in Empfang genommen werden.
Abreise für Besetzung: „Spielhaus Worms“
Wiederholungen: am 23., 24., 27., 28., 30. November und 1. Dezember.
Der Verwaltungsrath des Spiel- und Festhauses.

Bürgerliche Rechtspflege.

Öffentliche Zustellungen.
3.986.1. Nr. 11.207. Karlsruhe. Die Adam Bender Ehefrau, Franziska, geb. Schwarzmaier von Mingsheim, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Blum dahier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, a. Zt. an unbekanntem Orten in Amerika abwesend, wegen harter Mißhandlung, großer Vermögensplünderung und böswilligen Verlassens, mit dem Antrage auf Scheidung der zwischen ihnen am 2. Dezember 1871 zu Mingsheim geschlossenen Ehe, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Zivilkammer III des Gr. Landgerichts zu Karlsruhe auf
Donnerstag den 30. Januar 1890, Vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 11. November 1889.
Desterling,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.918.2. Nr. 9110. Freiburg. In Sachen des Bauhauses Christian Metz in Freiburg i. B., vertreten durch Rechtsanwalt Räf daselbst, gegen Gustav Hänsler Sohn von Zell i. W., a. Zt. an unbekanntem Orten abwesend, wegen Pfändrechts, ladet der Kläger den Beklagten zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Freiburg auf
Donnerstag den 2. Januar 1890, Vormittags 9 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Dies wird zum Zwecke der öffentlichen Zustellung an den Beklagten hiermit bekannt gemacht.
Freiburg, den 7. November 1889.
Dr. Garden,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.920.2. Nr. 16.544. Mannheim. Andreas Bühler Wittve in Erdenheim, vertreten durch Rechtsanwalt Selb hier, klagt gegen den zur Zeit an unbekanntem Orten abwesenden Eisenhändler Philipp Wader von Heidelberg auf Grund der ihr in der Gant des Müllers J. M. C. Keiffel von Heidelberg zugewonnenen Verweisung Großh. Amtsgerichts Heidelberg vom 9. Oktober 1876 mit dem Antrage, den Beklagten zu verurtheilen, er habe anzuerkennen, daß er ihr aus gedachter Verweisung jährlich auf Martin's erstmals 11. November 1876 50 fl. = 87 M. 71 Pf. während ihrer Lebensdauer zu bezahlen habe, und demgemäß die auf 11. November 1889 fälligen 12 x 50 fl. = 1028 M. 55 Pf. mit 5 % an Klägerin zu bezahlen, und ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die II. Zivilkammer des Gr. Landgerichts zu Mannheim auf
Samstag den 21. Dezember 1889, Vormittags 10 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.
Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage hiermit bekannt gemacht.
Mannheim, 7. November 1889.
A. Kaiser,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

3.974. Nr. 7013. Kehl. Maria Köbel, geb. Lux von Korf, Elisabetha Thorwarth, geb. Lux in Auerbach, Barbara Bund, geb. Lux, Maria Krieg, geb. Müll in Korf, Maria Weiner, geb. Lux, von Korf, Johann Müll von Obelshofen und Elisabetha Lux, geb. Lehr in Korf, beifügen gemeinschaftlich ein 16 a 57 m großes

Waldstück auf Gemarkung Vegelschuffen neben Gemeinwald und Johann Müll, ohne daß sich ein Eintrag in den Grund- oder Unterpfandsbüchern vorfindet. Auf Antrag der genannten Eigenthümer werden alle diejenigen, welche an obiger Pflanzung dingliche oder auf einem Stammguts- oder Familiengutsverban- de beruhende Rechte beanspruchen, aufgefordert, solche spätestens in dem von Großh. Amtsgericht Kehl auf: Samstag 28. Dezember 1889, Vormittags 9 Uhr bestimmten Angebotsstermine anzumelden, widrigenfalls die nicht angemeldeten Ansprüche für erloschen erklärt würden.
Kehl, den 11. November 1889.
Großh. bad. Amtsgericht.
gez. K. z. i.

Dies veröffentlicht
Der Gerichtsschreiber: Kopp.
Verhollensheitsverfahren.
3.853.2. Nr. 10.577. Kenzingen. Das Gr. Amtsgericht Kenzingen hat heute folgenden Beschluß erlassen: Nachdem Kaver Zeiser von Oberhausen auf die diesseitige Aufforderung vom 23. Oktober 1888, Nr. 9691, seine Nachricht von sich gegeben hat, wird derselbe für verschollen erklärt und dessen Vermögen seinen mutmaßlichen Erben, als:
a. vollbürtige Geschwister:
1. Viktoria, geb. Zeiser, Ehefrau des Charles Müllin in Susachanna, Pennsylvania, Nordamerika,
2. Maria Eva, geb. Zeiser, Ehefrau des Matern Maurer in Oberhausen,
3. Georg Zeiser, Landwirth in Oberhausen;
b. halbbürtige Geschwister:
1. Eduard Zeiser, Landwirth in Oberhausen,
2. Elisabetha Zeiser, ledig, in Oberhausen,
3. Josef Zeiser, ledig, in Oberhausen,
4. Karl Zeiser,
5. Juliana Zeiser,
6. Hermann Zeiser,
letzte drei noch minderjährig und unter Vormundschaft ihrer Mutter Georg Zeiser Wittve, Juliane, geb. Bär in Oberhausen, gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz gegeben.
Kenzingen, den 5. November 1889.
Der Gerichtsschreiber: Kopp.

Bekanntmachung.
3.972. Nr. 7276. Mosbach. Die gegen die ledige Ida Paulina Müller von Neckarmühlbach, a. Zt. in Götta, mittelst Beschluß Großh. bad. Amtsgerichts Mosbach vom 19. Januar 1886, Nr. 831, ausgesprochene Entmündigung wurde durch Beschluß des Herzoglich sächs. Amtsgerichts Götta vom 17. d. Mis., E. 489, wieder aufgehoben.
Mosbach, den 28. Oktober 1889.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Grobe,
Erbeinweiser.

3.883.2. Nr. 25.186. Bruchsal. Die Wittve des Straßenwirts Kaspar Wolitor in Obenheim, Marie Anna, geb. Weidemann, hat den Antrag auf Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres Ehemannes dahier gestellt. Diefem Antrage wird entgegen, wenn nicht innerhalb 4 Wochen Einwendungen dahier vorgebracht werden.
Bruchsal, den 8. November 1889.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Kiffel.

3.944.2. Nr. 18.056. Schwellingen. Die Wittve des Straßenwirts Franz Hodelnert, Barbara, geb. Wittner von Obingen, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Diefem Gesuche wird Gr. Amtsgericht Schwellingen, wenn nicht binnen sechs Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.
Schwellingen, 6. November 1889.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Müller.

3.852.3. Nr. 17.575. Schwellingen. Landwirth Josef Spilger von Schwellingen hat um Einweisung in Besitz und Gewähr der Verlassenschaft seiner verstorbenen Ehefrau Elisabetha, geborene Moos von Schwellingen, nachgesucht. Diefem Gesuche wird stattgegeben, wenn nicht binnen sechs Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.
Schwellingen, den 29. Oktober 1889.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Müller.

3.908.2. Nr. 12.152. Donaueschingen. Das Großh. Amtsgericht hier hat heute verurtheilt:
Die Wittve des Wilhelm Trischler alt, Privat, Josefa, geb. Zopf in Hüfingen, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Diefem Gesuche wird stattgegeben, wenn nicht binnen 6 Wochen Einsprache dagegen erhoben wird.
Donaueschingen, 7. November 1889.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Gäßler.

3.909.2. Nr. 6713. Bühl. Großh. Amtsgericht hat unterm heutigen verurtheilt: Der Großh. Fiskus hat um Einweisung in die Gewähr des Nachlasses der am 3. November 1888 dahier in Bühl verstorbenen unehelichen Tochter, der Karoline Schnabel von Hadelberg, Wittvine, geb. Schnabel, Wittve des Steueraufsehers Severin Stöbger nachgesucht. Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen 6 Wochen dahier zu begründen.
Bühl, den 7. November 1889.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Boos.

Zwangversteigerung.
3.984. Karlsruhe.
Infolge richterlicher Verfügung wird der dem Tapezier Jakob Frey dahier eigenthümlich zugehörige, in der Schwimmschiffstraße dahier, einerseits neben Maurermeister Adam Friedrich Wöllinger, andererseits neben Kohlenhändler Karl Friedrich Schmeißer gelegene Bauplatz von 313 qm Flächeninhalt in dem dahier unter Grundbuch VII. Nr. 1835 de 1886 aufbewahrten Sit. Plane mit Nr. IX bezeichnet tagirt zu 4700 M.
Viertausend siebenhundert Mark auf
Dienstag den 26. November 1889, Nachmittags 3 Uhr,
im Commissionszimmer des Rathhauses dahier einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt, wobei der endgiltige Zuschlag auf das höchste Gebot erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder mehr gebot n wird.
Die näheren Versteigerungsbedingungen können in meinem Geschäfts-zimmer, Kaiserstraße 193, dahier eingesehen werden.
Karlsruhe, den 26. Oktober 1889.
Notar
D. t.

Handelsregister-Einträge.
3.965. Mannheim. Zu D. 3. 237 des Gr. Reg. Bd. VI wurde eingetragen zur Firma: „Actiengesellschaft für chemische Industrie“ in Mannheim:
Die durch die Generalversammlung vom 17. Juni 1889 beschlossene Erhöhung des Grundkapitals um 200,000 M. hat stattgefunden.
Mannheim, 10. November 1889.
Großh. Amtsgericht III.
Dr. Stein.

3.963. Nr. 7328. Waldbörn. Zu D. 3. 111 des diesseitigen Firmenregisters Firma Franz Justin Lauer in Altheim wurde unterm heutigen eingetragen:
Erbvertrag des Inhabers mit Karolina Stefan von Gerichsteden vom 3. Oktober 1889, wonach alles gegenwärtige und zukünftige, liegende und fahrende, active und passive Vermögen bis auf den Betrag von 30 M., den jedes der Ehegatten in die Gemeinschaft einwirft, von derselben ausgeschlossen und für verlegenschaftet erklärt wird.
Waldbörn, den 31. Oktober 1889.
Großh. bad. Amtsgericht.
Hruau.

3.966. Nr. 12.400. Müllheim. Zu D. 3. 7 des Genossenschaftsregisters dahier — Firma Landwirthschaftlicher Consumverein Nalsburg, eingetragene Genossenschaft — wurde heute eingetragen der Firmenzusatz „mit unbeschränkter Haftpflicht“.
Müllheim, 12. November 1889.
Großh. bad. Amtsgericht.
Bed.

3.942. Nr. 26.067. Freiburg. Zum Genossenschaftsregister D. 3. 15 „den Darlehensvereinen“ eingetragten betr.“ wurde heute die zusätzliche Bezeichnung: „eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht“ eingetragen.
Freiburg, den 6. November 1889.
Großh. bad. Amtsgericht.
Reich.

3.989. Nr. 24.248. Karlsruhe. **Bekanntmachung.**
Die gewerksmäßige Ausübung des Düffelchlags betr. Der erste Lehrkurs im fünftjährigen Jahr wird von den Düffelchlagknechten zu Lauerbachhofheim, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Weifstach in den Tagen vom 2. bis 5. Januar 1890 beginnen. Gesuche um Aufnahme in die Schule sind alsbald an den Vorstand derjenigen Schule zu richten, welche besucht werden will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen, über die Kosten des Unterrichts und den Lehrplan ertheilen auf Anfrage die betreffenden Großh. Weifstachermeister.
Karlsruhe, den 9. November 1889.
Großh. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
Eisenlob.

3.951. Nr. 15.035. Bonndorf. **Bekanntmachung.**
Die Erbauung neuer Eisenbahnen zur Umgehung des Schweizergebirgs hier die Expropriation einer Duelle auf Gemarkung Hüben betr.
Gemäß § 8 des Zwangsabtretungs-gesetzes vom 28. August 1885 bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß Tagfahrt zur Prüfung und Begutachtung der Nothwendigkeit der von Großh. Eisenbahnbauinspektion Stillingen beantragten Abtretung des der Gemeinde Hüben gehörigen Feldbrunnens genannt der „nächste Brunnen“ auf **Samstag den 23. November d. J., Vormittags 11 Uhr,** auf das Rathhaus in Hüben anberaumt wurde und der Plan von heute an daselbst zu Jedermanns Einsicht offen liegt.
Bonndorf, 11. November 1889.
Großh. bad. Bezirksamt.
Lang.

3.988. Karlsruhe. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**
Die Stationen der priv. Reichs-ungarisch. Staats-Eisenbahn-Gesellschaft „Hebertempel (Weifstach) und Dra-vica“ sind mit sofortiger Wirkung in den Ausnahmestadien für Ost. Theil VI (S. 2) des k. k. Reichs-Eisenbahn-Verbands-tarifs einbezogen worden.
Das Nähere ist bei den Verbands-stationen zu erfragen.
Karlsruhe, den 12. November 1889.
General-Direktion.

3.987.1. Nr. 8973. Konstanz. **Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**
Höherem Auftrage zufolge werden die nachverzeichneten Arbeiten für Herstellung eines Erdonomiegebäudes auf der Station Sandort in Submissions-wege vergeben:
Anschlag
1. Erd-, Maurer- u. Steinbauarbeiten 4048 M. 65 P.
2. Zimmerarbeiten 1443 M. 47 P.
3. Schlosserarbeiten 333 M. 70 P.
zusammen 5825 M. 72 P.
Pläne, Kostenvoranschlag und Bedingungen liegen in meinem Geschäfts-zimmer, Bahnhofplatz Nr. 24, zur Einsicht auf.
Die Angebote sind verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift versehen, spätestens zu dem auf **Mittwoch den 20. November l. J., Nachmittags 3 Uhr,** anberaumten Termin einzureichen.
Konstanz, den 10. November 1889.
Der Großh. Bahnbauinspektor.

10 000 St. hochstämmige Obstbäume,
darunter 6000 St. Aepfelbäume, kräftige Bäume in den besten Sorten, 100 Stück 80—100 M., bei größterem Bezügen werden Vorzugspreise bewilligt. 3000 Stück Aepfelbäume in allen Formen und Gattungen, darunter die amerikanisch. Frühfrüchte etc. Sortenverzeichnis wird auf ges. Verlangen zugesendet. 3.956.1.

Großh. Hofgärtnerei Baden.
3.926.2. Nr. 933. Die Gr. Bezirksforst St. Blasien verleiht am **Wittwoch, 20. November d. J.,** Vormittags 10 Uhr, im Rathhaus zu Nuttersleben aus dem Domänenwaldungen Lehenhof, Rothwald, Zippelwald und Langhald nachverzeichnete Nadelbäume: 85 Spaltbäume, 180 St. 1. bis III. Kl., 85 Kattentlöbe, 44 Dichel, 54 Ster Papierholz, 900 Hopfenstangen I. bis III. Kl., 2500 desgleichen IV. u. V. Kl., 600 Baumföhle, 3600 Reifsteden und 1600 Bohnensteden, endlich 27 Nutzbüchsen.